Blickwinkel

Dienstag, 12. September 2023

Argumente und Meinungen der FBP

Verpasste Chance oder Verzögerungstaktik?

Standpunkt der Abgeordneten Franziska Hoop, Nadine Vogelsang und der FBP-Vizepräsidentin Judith Hoop

Die gesamte FBP-Fraktion wollte im Septemberlandtag mit zwei Vorstössen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und dementsprechend auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Leider wurden beide Vorstösse vom Landtag aus teilweise bizarren Gründen abgelehnt.

Der Abbau von Hürden ist in der «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» im Interesse aller, davon sind die FBP-Frauen Nadine Vogelsang, Franziska Hoop und Judith Hoop überzeugt.

Postulat «steuerliche Entlastung erwerbstätiger Familien»

Das Postulat hatte zum Ziel, Familien, in welchen beide Elternteile erwerbstätig und dementsprechend auf Betreuung angewiesen sind, steuerlich zu entlasten. Das Steuersystem sieht vor, dass Aufwände, durch einen Pauschalbetrag oder die effektiv angefallenen Kosten vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Dementsprechend sollte die Regierung prüfen, wie hoch ein solcher Pauschalbetrag für Betreuungskosten sein müsste und wieviel dieser Abzug jährlich kosten würde. Hierzu meinten die Gegenparteien unter anderem in ihren Voten, dass dieser Vorschlag das «traditionelle» Familienmodell diskriminiere und Familien sowieso schon genug Unterstützung erhalten würden.

Defacto werden aktuell Familien diskriminiert, in welchen beide Elternteile arbeiten. Denn damit dies möglich ist, benötigt es ausserhäusliche Kinderbetreuung und das geht trotz staatlicher Unterstützung ins Geld und zwar mehr als Verpflegungs- und Fahrspesen! Eine Familie mit drei Kindern, der Vater arbeitet Vollzeit, die Mutter Teilzeit (40 %), beide mit einem Medianlohn von CHF 6852 (100 %), zahlen einkommensabhängig nach Abzug von Kinderrabatt und nach Subvention pro Jahr satte CHF 14 925, also zwei volle Monatslöhne! Diesen Familien, welche die Wirtschaft massgeblich unterstützen, wollte die FBP Erleichterung verschaffen, unabhängig davon, ob die Kinder in einer Institution oder durch Verwandte betreut werden.

Motion «Bildung und Betreuung aus einer Hand»

Abgesehen von den finanziellen Ausgaben haben berufstätige Eltern auch immense organisatorische Aufwände um Arbeit, Schule, Betreuung und Hobbies unter einen Hut zu bringen. Hier hätte die Motion zum Ziel gehabt, neu an allen Schulen flexible und freiwillige Ganztagesbetreuung anzubieten, welche jedem Familienmodell wirkliche Wahlfreiheit lässt. Eltern hätten die Vorteile gehabt, dass in jeder Wohngemeinde dieselben Betreuungsleistungen angeboten werden und dass die Betreuung neu durch die Schule koordiniert, aber weiterhin durch die privaten Betreuungseinrichtungen geleistet wird. Die meisten Abgeordneten waren der Meinung, dass der Vorstoss inhaltlich prüfenswert, aber eine Motion nicht das richtige Mittel sei, sondern ein Postulat. Durch diese Anpassung verzögert sich der Umsetzungsprozess immens. Zwar wird seit 2018 in diversen Berichten und Strategien der Regierung auf die Konsolidierung der diversen Schul- und Betreuungssysteme hingewiesen, aber nichts passiert. Die FBP wollte dieses wichtige Thema vorantreiben und wurde nun leider eingebremst.

Familien sind das Rückgrat der Gesellschaft, Arbeitskräfte sind der Motor der Wirtschaft, ohne florierende Wirtschaft kein Wohlstand und ohne Wohlstand keine Wohlfahrt. Damit das so bleibt, hat die FBP, die für Familienfreundlichkeit steht, bereits einige Vorstösse zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemacht und weitere werden folgen. Im Oktober-Landtag wird die **FBP-Initiative «Erhöhung der Familienzulagen»** behandelt und bald folgt das **FBP-Postulat «Bildung und Betreuung aus einer Hand».** Wir bleiben dran, in der Hoffnung, dass sich noch in dieser Legislatur etwas bewegt, denn Stillstand ist Rückschritt und die FBP steht für Fortschritt!

Sonnige Aussichten für die Stromversorgung in Liechtenstein

Kommentar des Landtagsabgeordneten Sebastian Gassner

Ein «Rohstoff», der in Liechtenstein knapper ist als Energie, ist die begrenzte Fläche, auf der wir zusammenleben.

Sebastian Gassner, FBP-Landtagsabgeordneter.

Umso erfreulicher ist es, dass wir mit der PV-Pflicht dem Ziel der Energiestrategie einen entscheidenden Schritt nähergekommen sind, ohne einen Quadratmeter wertvollen Boden zu verbrauchen! Von einem Stromüberfluss werden wir aber selbst im Sommer noch etwas entfernt sein. In Liechtenstein wird die lokal produzierte Strommenge dennoch bereits in zehn Jahren auf den halben Jahresverbrauch ansteigen. Und dafür ist es ausreichend, wenn ab nächstem Jahr die neugebauten und sanierten Dachflächen mit PV-Modulen ausgestattet werden und alle Nicht-Wohnbauten innert zwölf Jahren eine Solaranlage installieren.

Dennoch gilt es anzuerkennen, dass es auch Stimmen gibt, die jegliche Pflichten prinzipiell ablehnen oder statt politischen Massnahmen vollkommen auf den Markt vertrauen wollen. Für gutverdienende oder reich geborene Personen, die steigende Strompreise verkraften können und keine Förderungen benötigen, würde diese Strategie auf Zeit vielleicht aufgehen. Zinslose Darlehen und grosszügige Förderungen für die Finanzierung von energetischen Sanierungen wurden dennoch befürwortet.

Indem nun aber schon bald per Gesetz das Produktionspotenzial von Solarstrom ausgeschöpft wird und sich grosse Teile der Bevölkerung an der Stromproduktion beteiligen werden, wird sich das auch nachhaltig in den Stromkosten der gesamten Haushalte und Betriebe niederschlagen.

Der Grundstein für die Massnahmen, um den Einbau von Öl- und Gasheizungen etwas zu erschweren und die Bauvorschriften auf ein Schweizer Mindestniveau anzuheben, wurde bereits vor vier Jahren im Rahmen der Energiestrategie 2030 gelegt. Diese Bemühungen der letzten Legislatur gilt es anzuerkennen, obwohl die Umsetzung pendent geblieben ist.

Ein allfälliges Referendum wird uns zeigen, ob die Bevölkerung bereit ist, die Verantwortung wahrzunehmen, um einen verpflichtenden Beitrag zur Stromversorgung der eigenen vier Wände und unserer Heimat zu leisten.

Landtag

Sachpolitik geht anders

Die Politik der VU ist durchsichtig. Generalsekretär Winkler holt vor der Landtagssitzung zum Rundumschlag aus und es ist dann jeweils bereits abzusehen, wie die Landtagssitzung aus Sicht der VU ablaufen wird. Nein Herr Generalsekretär Winkler, jammern tun wir nicht. Die FBP-Fraktion arbeitet seriös. Im Gegensatz zur VU hat die FBP-Fraktion transparent ihre Anträge beim Traktandum zur Sanierung von Radio L im Vorfeld eingebracht. Alle konnten sich somit darauf vorbereiten. Nicht so das Vorgehen der VU. Während der Diskussion des Traktandums wurden Anträge formuliert und per Mail verteilt. Wäre dieses Traktandum nicht durch die Nacht unterbrochen worden, hätte ad hoc entschieden werden müssen. Dies lässt auf eine mangelhafte Vorbereitung und auf keine seriöse Politik schliessen. Zum Glück führt ein solches Vorgehen meist nicht zum Erfolg. Nochmals kurz zu Winklers damaligem Beitrag: Seine Wortwahl und abschätzende Art, bedarf keines weiteren Kommentars. Jede/r machte sich selbst ein Bild, ob dies eines Koalitionspartners würdig war. Und am letzten Samstag fragte er sich, warum die FBP sich Strategien verweigere. Das tun wir keinesfalls. Wir unterscheiden Strategien, die sinnfrei und reine Arbeitsbeschaffung sind und jene, die einen tatsächlich weiterbringen. Radio L wird nun saniert und hat die Aufgabe, das von der FBP-Fraktion geforderte Konzept für die künftige Ausrichtung im Jahr 2024 zu liefern. Daran wird das Radio gemessen werden und das ist gut so.

Wie bereits Bettina Petzold-Mähr am Samstag ausführte, ist die Passivität der Bildungsministerin Hasler bei Bildungsagenden erschreckend. Ich frage mich ernsthaft, was in den letzten beiden Jahren in der Bildung vorwärts gegangen ist. Ich meine nichts Nennenswertes. Bei der Diskussion der FBP-Motion von letzter Woche war ihr Input mehr als spärlich. Die FBP möchte ihr nicht Themen zuschanzen, wie Winkler meinte. Nein, die Betreuung der Kinder an den Schulen kann einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten und die Schulen fallen nun mal in die Zuständigkeit der Bildungsministerin. Dass sich die Ministerin im Landtag erst nach mehrmaligem Auffordern aus den eigenen Reihen zum Thema äusserte, spricht Bände.

Die Energiethemen konnten dann im Landtag verabschiedet werden. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni hat also ihre Agenden erfolgreich durch den Landtag gebracht und nun gilt es die Chancen aus den Entscheiden aktiv mit der Bevölkerung auszutauschen.

Rainer Gopp
Parteipräsident

Impressum

Herausgeberin: Fortschrittliche Bürgerpartei · Redaktion: Rainer Gopp
Fortschrittliche Bürgerpartei, Altenbach 8, 9490 Vaduz, Telefon +423 237 79 40, www.fbp.li, info@fbp.li

FBP